

Entschließung

betreffend der Verhinderung von Hunger und Mangel als Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, im bewährten österreichischen Weg des Dialogs weiterhin dafür einzutreten, dass Hunger und Deprivation nicht als Waffe gegen die Zivilbevölkerung oder Druckmittel gegen Regierungen eingesetzt wird sowie die Parallelitäten zwischen Geschichte und Gegenwart aufgezeigt und entsprechende Verbrechen verurteilt werden.

